Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saarganes und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis. Durch unsere Agenten 12 Mk. Mit der Post bezogen 15 Mk. Zeitungspreise: a) für Anzeigen 41 m/m Borgiszeile 1 Mk., b) für Reklamen 82 m/m 2 Mk. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Nr. 93.
50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 92. Postscheck 23.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Nachzahlung.

△ Das Zentrum u. die weltliche Schule

In den folgenden Ausführungen nimmt der Vorstand der Zentrumspartei Stellung zur weltlichen Schule.

In jüngster Zeit versucht die Sozialdemokratie im Saargebiet eine systematische Wühlarbeit gegen die konfessionelle Schule. Sie hat es erreicht, daß die Regierung durch einen Erlaß des Ministers Graf Wolkte vom 6. April 1921 die Befreiung vom schulplanmäßigen Religionsunterricht unter bestimmten Voraussetzungen gestattet hat. Das nächste Ziel der Sozialdemokratie sind laut Volksstimme religionslose Schulen, ihr letztes Ziel ist die weltliche Schule, und zwar eine Schule für alle, eine weltliche Zwangseinheitsschule.

Die Sozialdemokratie behauptet, die weltliche Schule biete allein die Möglichkeit zum Aufbau der wirklichen Einheitsschule. Das ist eine unwahre und falsche Behauptung. Die Konfessions- oder Bekenntnisschule steht dem einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens keineswegs hindernd im Wege. Ja, mehr noch, sie allein ermöglicht in Wahrheit die echte und rechte Einheitsschule, weil in ihr die Einheitlichkeit des Geistes in Unterricht und Erziehung herrscht. Die Berliner Lehrerkammer gibt beredtsprechend aus ehrlichen Gründen der Bekenntnisschule als der pädagogischen Einheitsschule den Vorzug.

Die Sozialdemokratie will übrigens die christliche Religion aus der Schule entfernen, bloß um die Schule konfessionsfrei zu machen. Sie soll nicht mehr christlich sein, auch nicht religionsfrei sein, sondern es soll in ihr die neue Diesseits-Religion, d. h. die sozialdemokratische Weltanschauung gelehrt werden. Ziel der sozialdemokratischen Schulpolitik ist demnach die sozialistische Zwangseinheitsschule.

Mit der weltlichen Schule will die Sozialdemokratie einen Kampf führen gegen die christliche, für die sozialistische Weltanschauung und Gesellschaftsordnung.

Entschiedener als je bekennt sich darum die Zentrumspartei zur konfessionellen Schule. Wenn die Sozialdemokratie in dem Erlaß über die Regelung vom schulplanmäßigen Religionsunterricht eine Bresche für die konfessionelle Schule erblickt, so ist es die Aufgabe der Zentrumspartei, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Bresche nicht erweitert wird.

Weil die weltliche Schule den Kampf gegen die christliche Weltanschauung führt, muß das Zentrum für und das entschiedenste belämpfen. Es hält die weltliche Schule für ein großes Verderben:

1. für das Kind, dem ja die reichen Schätze christlicher Kultur und die beglückenden Erziehungsmittel vorenthalten werden;

2. für die Familie. Die weltliche Schule reißt notwendig das wieder, was ein christliches Elternhaus aufgebaut hat oder setzt das Unrecht fort, das ungläubige Eltern an ihren Kindern angefangen haben. Die sozialistische Erbitterung, die in der weltlichen Schule die christliche Sittenlehre ersetzen soll, führt zum Ruin des Familienlebens. Sie ist nicht imstande, den Kindern Autorität gegenüber den Eltern einzuflößen; ebensowenig vermag sie die Eltern mit opferfreudiger Liebe zu den Kindern zu erfüllen. Sie zerreißt eine höhere, d. h. eine ungebundene Form der Ehe und damit die Auflösung des heutigen schönen christlichen Familienlebens. Den Eltern nimmt sie die Kinder, den Kindern raubt sie die Eltern;

3. für die menschliche Gesellschaft. Gerade in der heutigen Zeit, wo die Verrohung und Verwilderung der Jugend das höchste Maß erreicht hat und die Kriminalität der Jugend einen erschreckenden Umfang angenommen hat, ist es notwendig, die Jugend, die die Trägerin der Zukunft des deutschen Volkes ist, zur Autorität und zum Recht zu erziehen. Die Erfahrung lehrt, daß eine solche Erziehung nur an Hand des Sittengesetzes und religiöser Wahrheiten möglich ist. (Kölner Richter zur Frage der weltlichen Schule). Es heißt darum, die Fundamente des Staatswesens untergraben, wenn man der Jugend die Religion raubt.

Die Zentrumspartei sieht insbesondere auch in der Einführung der weltlichen Schule ein Unrecht gegen die Kirche, die mit dem Staate im Laufe der Jahrtausende ein gewaltiges Stück Erziehungsarbeit geleistet hat. Ihr Ideal besteht darin, daß Kirche und Staat, Eltern und Geistliche gemeinsam an der Erziehung der Kinder arbeiten.

Die Zentrumspartei ist der Auffassung, daß in dem Erlaß über die Befreiung vom schulplanmäßigen Religionsunterricht einer verschwindenden Anzahl von Lehrern der weltlichen Schule im Saargebiet reichlich Rechnung getragen ist. Sie erwartet deshalb von der Regierungskommission, daß sie im Interesse des Kindes, der Familie und des Saargebietes nicht an der konfessionellen Schule rüttelt, zumal sie durch den Friedensvertrag garantiert ist.

Ehrenpflicht einer jeden Ortsgruppe muß es sein, die Mitglieder über die wahren Ziele der sozialistischen Schulpolitik aufzuklären, ihnen den Wert der konfessionellen Schule für Kind, Familie, Staat und Kirche zu zeigen und so dafür zu sorgen, daß die Idee der weltlichen Schule nicht marschiert.

An allen Orten, besonders dort, wo die freie Schulgesellschaft Fuß zu fassen sucht, müssen die Erziehungsberechtigten durch Unterschrift beweisen, daß sie an der konfessionellen Schule festhalten.

Die Sitzung des Obersten Rates.

dz. London, 2. Mai. Der Oberste Rat ist gestern früh zusammengetreten und hat sich bis halb 5 Uhr nachmittags vertagt, da die finanziellen Sachverständigen ihre Berichte noch nicht fertiggestellt hatten. Nach dem amtlichen Reuter-Communique beriet man über die Lage, die sich daraus ergeben hat, daß Deutschland den Vertrag von Versailles bezüglich der Entwaffnung, der Bestrafung der Kriegsschuldigen und der Reparationen nicht völlig ausgeführt hat. Vor der Vertagung beschloß man eine sofortige Untersuchung der Garantien durch die Sachverständigen.

Eine französische Meldung hebt hervor, daß Briand mit großer Entschiedenheit die französische Auffassung vertreten habe; er habe betont, daß Frankreich nicht gegeben könne, daß unter irgendwelchen spitzfindigen Vorwänden die Ergreifung der notwendig gewordenen Maßnahmen auch nur um einen Tag hinausgezogen werde. Briand sei nicht weit davon entfernt gewesen, für Frankreich wieder volle Handlungsfreiheit in Anspruch zu nehmen. Schließlich habe Lloyd George erklärt, nach seiner Auffassung liege dem nichts im Wege, daß Frankreich bereits vom ersten Tage des Ultimatums an mobil mache. Da nun die Mobilmachung zwecks Gesetzung des Ruhrgebietes zehn Tage erfordern würde, so würde für die Inkraftsetzung der Zwangsmaßnahmen auch nicht ein einziger Tag verloren gehen. Diesen Eindruck auf Lloyd George machten auch die Ausführungen des Grafen Sforza, er schloß sich ihnen sofort an, um die Notwendigkeit zu betonen, rechtliche Grundlagen für die Stellungnahme gegenüber Deutschland zu besitzen. Italien habe den Wunsch, die Entwaffnung Deutschlands endlich durchgeführt zu sehen.

In der Sitzung der Sachverständigen im Schatzamte war Frankreich durch Loucheur, Dumner, Seydoux und Tannery vertreten. Die Besprechung war erst kurz vor Mitternacht zu Ende und hat zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Nach Schluß der Sitzung des Obersten Rates versammelte Lloyd George seine Mitgenossen zu einem Ministerrat, um die Lage zu prüfen. Im Laufe des Nachmittags hatte Marschall Foch eine Besprechung mit Marschall Milson.

dz. Paris, 2. Mai. Aus London wird weiter berichtet, daß Briand in den ersten Vormittagsstunden eine lange Unterredung mit Loucheur, Dumner und Berthelot hatte, an der auch Jaspar und Theunis teilnahmen. Um 10 Uhr 30 Min. trat sich Briand mit Lloyd George, während die Sachverständigen ihre Besprechungen wieder aufnahmen. Auch sonst fanden noch private Unterredungen zwischen den verschiedenen Vertretern der Verbandsregierungen vor Beginn der Sitzung des Obersten Rates statt. Diese Sitzung wurde um 11 Uhr eröffnet, dauerte aber nur wenige Augenblicke, da die Arbeiten der Sachverständigen noch nicht zu Ende geführt waren. Es wurde deshalb eine neue Sitzung auf 4 Uhr nachmittags angesetzt. Die private Meinungsaustausch zwischen den Vertretern der Verbandsregierungen wurde darauf fortgesetzt. Obwohl man bis in den tiefen Vormittag hinein zu seiner greifbaren Lösung gelangen konnte, da die Sachverständigen ihre Arbeiten noch nicht beendet haben, ist doch der allgemeine Eindruck ein günstiger. Bemerklich hat sich Lloyd George in der gestrigen Sitzung des Obersten Rates für ein ziemlich kurzfristiges Ultimatum vor Beginn jeden Vorgehens im Ruhrgebiet ausgesprochen. Briand widersprach einem solchen Verfahren auf das Entschiedenste. In der heute Vormittag stattgefundenen Besprechung setzte Briand erneut die schweren Bedenken dar, die der Ausführung dieses Vorschlages entgegenstünden. Lloyd George seinerseits erklärte: Wir sind überzeugt, daß amtliche Kreise der City wie auch die Arbeiterpartei gegen jedes Einschreiten der Verbandsregierungen in Westfalen sind, wie gegen die Zahl von 132 Milliarden Goldmark, die die Reparationskommission Deutschland als seine Schuldsumme mitgeteilt hat.

dz. London 1. Mai. General Nollet, Vorsitzender der interalliierten Kontrollkommission in Berlin, ist heute nachmittag in London eingetroffen und hatte noch im Laufe des Abends eine längere Unterredung mit Briand.

Ueberreichung eines Ultimatums an Deutschland.

dz. London, 2. Mai. Die Blätter erfahren, daß der Oberste Rat heute einen Beschluß bezüglich des Ultimatums fassen wird, daß Deutschland überreicht werden soll und auch bezüglich der Methoden zur Erzwingung der Forderungen der Alliierten, falls Deutschland sich weigert, so zu unterrichten. Times schreibt: Man darf jedoch nicht erstaunt sein, wenn die Konferenz heute noch nicht zu einem Abschluß ihrer Arbeiten gelangt und sich dann wieder auf morgen vertagen muß. Morning Post sagt, die bisherigen Verhandlungen des Obersten Rates seien äußerst traumatisch gewesen. Die Franzosen forderten sofortige Besetzung des Ruhrgebiets. Lloyd George, unterstützt von den Italienern und den Japanern, trat für vorherige Ablehnung eines Ultimatums ein. Belgien soll laut Morning Post zu Gunsten des französischen Standpunktes gestimmt haben. Die Lage sei sogar so ernst gewesen, daß die Franzosen bereit waren, heute morgen London zu verlassen, wenn der Rat seine Zustimmung zu einer weiteren Verzögerung erteilen würde.

Gestern trat jedoch eine wesentliche Besserung ein, und es war laut Morning Post sogar eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt. Von maßgebender Seite wurde erklärt, daß Deutschland zur Annahme des Ultimatums 10 Tage Zeit erhalten werde. In der Zwischenzeit können die Franzosen die zur Besetzung des Ruhrgebietes nötigen Truppen mobilisieren. Times zufolge herrscht aber noch eine gewisse Meinungsverschiedenheit zwischen Curzon und Briand bezüglich der Anwendung der Sanktionen oder Zwangsmahnahmen. Briand erklärte, das Inkrafttreten der geplanten Zwangsmaßnahmen werde durch das Ultimatum nicht suspendiert, sondern das Ultimatum werde nur den Zeitraum während der Vorbereitungen der Sanktionen ausfüllen, während die Sanktionen selbst nur suspendiert würden, falls Deutschland das Ultimatum vollständig annehme. Curzon scheine jedoch der Ansicht zu sein, daß die Sanktionen selbst nur in Kraft treten oder gesetzlich zur Anwendung gebracht werden können, wenn das Ultimatum abgelehnt wird.

dz. London, 2. Mai. Daily Expreß schreibt, es sei möglich, daß während der Zeit, die das Ultimatum Deutschland gewähren wird, Amerika von den Alliierten erfaßt wird, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Daily Expreß zufolge ist Großbritannien vor allem darauf bedacht, das normale Handelsleben Mitteleuropas wieder herzustellen. Daily News hält eine amerikanische Intervention für einen möglichen Faktor in dem Programm. Dem gleichen Blatte zufolge sollen unoffizielle Berichte vorliegen, nach denen die Washingtoner Regierung die volle Rückkehr zur vollen Mitarbeit mit den Alliierten abschließlich der Mitbeteiligung an der Reparationskommission erwäge.

Die letzte Frist.

dz. London, 2. Mai. Die Sitzung des Obersten Rates hat von 1 Uhr bis fast vor 2 Uhr gedauert. Der Entwurf des Reparationsausschusses sei in großen Zügen angenommen worden. Die Finanzsachverständigen werden um 3.30 Uhr nochmals zusammentreten, um die letzten Bestimmungen über das System von Sicherheiten auszuarbeiten, das auffelle des territorialen Pfandes treten soll, falls Deutschland die von der Reparationskommission notifizierten Bedingungen annehme. Diese Notifikation wird binnen 4 Tagen erfolgen. Für die Antwort wird Deutschland eine Frist von 5 bis 6 Tagen gegeben. Um 5 Uhr wird eine neue Sitzung des Obersten Rates stattfinden, in der wahrscheinlich die endgültige Entscheidung getroffen werden wird.

— London, 2. Mai. Die Londoner Konferenz wird heute morgen um halb 12 Uhr zusammentreten und definitiv über folgenden Abkommen Beschluß fassen: Die militärischen Vorbereitungen für die Besetzung des Ruhrgebiets werden sofort beginnen. England wird diese Aktion durch eine Demonstration zur See unterstützen, während dieser Zeit wird Deutschland noch die Möglichkeit haben, sich zu unterwerfen und die Bedingungen und Garantien annehmen können, die ihm von der Reparationskommission bekannt gegeben werden. Die Reparationskommission wird diese Bedingungen Deutschland vor dem 4. Mai bekannt geben und die militärischen Maßnahmen werden unterbrochen werden, wenn Deutschland vor dem 8. Mai diese Bedingungen annimmt.

Eine Forderung auf Anerkennung der Schuld Deutschlands am Kriege.

dz. London, 2. Mai. Times zufolge verlautet in gewissen Kreisen daß sich unter den moralischen Garantien, die Deutschland geben müsse, eine feierliche Anerkennung von seiten Deutschlands seiner Verantwortung sich befinde, den Krieg heraufgefordert zu haben.

Die Haltung der deutschen Regierung.

* Berlin, 2. Mai. Zu der Frage, welche Schritte die deutsche Regierung gegenüber den Beschlüssen des Obersten Rates zu tun gedenkt, wird von zuständiger Seite mitgeteilt: Die deutsche Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die amerikanische Aktion noch nicht abgeschlossen ist. Aus Amerika liegt bis zur Stunde noch keinerlei Antwort auf die letzte deutsche Note vor. Die deutsche Regierung will die amerikanische Aktion nicht dadurch stören, daß sie an den einen oder andern der Alliierten andere Mitteilungen gelangen läßt.

Zur Besetzung des Ruhrgebiets.

dz. London, 2. Mai. Times erfährt, im Falle einer Aktion der Alliierten im Ruhrgebiet sei eine Blockierung Englands zur See gegen Deutschland wahrscheinlich. Morning Post zufolge werden auch britische Truppen an der Besetzung des Ruhrgebiets teilnehmen. Nach dem gleichen Blatte sind die Engländer der Ansicht, daß Deutschland innerhalb der 10 Tage „zur Vernunft kommen" werde, die Franzosen seien anderer Ansicht.

dz. London, 2. Mai. Einer der Einwände, die von gewissen einflußreichen Kreisen Englands gemacht wurden, bezog sich auf das bei dem Vormarsch der Alliierten stattfindlich zu besetzenden Gebiet. Polen ist augenblicklich in England ein sehr heißes Thema, wie die Franzosen wohl wissen, und Briand soll in schärfster Weise gesagt haben, wenn das Ruhrgebiet eine Meinungerd wäre, dann hätten die Alliierten Frankreich nicht so lange gezügert.

dz. Paris, 2. Mai. Der Sonderberichterstatter der Chicago Tribune meldet aus London: Marschall Foch besteht darauf, daß er die Ausdehnung des Besetzungsgebietes auf dem rechten Rheinufer mit 10 Divisionen Infanterie, zwei Kavalleriekorps, 10 Tankabteilungen und einer Anzahl Panzerautodivisionen und einem Flugzeuggeschwader unternehme. Andernfalls sicherte er, daß die Besetzung zu Demonstrationen gegen die zu schwachen Streitkräfte verleitet werde und Blutvergießen entstehen könne.

dz. London, 2. Mai. In der Sitzung des Reparationsausschusses, die um 12,30 Uhr zu Ende war, hat man sich über einen einheitlichen Wortlaut geeinigt, der sofort dem Obersten Rat vorgelegt wird. Der angenommene Entwurf gestattet Frankreich die sofortige Ergreifung der für die Besetzung notwendigen militärischen Mittel, besonders die Einberufung der Jahresklasse 1919. Während der für die Vorbereitung erforderlichen 12 Tage wird die Reparationskommission Deutschland genauere von dem Zahlungsplan und den für notwendig gehaltenen Sicherheiten geben. Wenn nach Ablauf dieser Frist Deutschland nicht vorbehaltlos seine Zustimmung zu diesen Bedingungen gegeben habe, werde die Besetzung des Ruhrgebiets sofort durchgeführt werden.

Die Feier des 1. Mai.

Deutschland.

* Frankfurt, 1. Mai. Die Maifeier der sozialistischen Parteien verliefen ohne Zwischenfall. Den größten Zustrom hatte die Morgenfeier der Mehrheitssozialisten im Schauspielhaus. In der Versammlung der Unabhängigen in der Eisehalle des Schlachthofgeländes sprach Reichstagsabgeordneter Robert Dißmann.

ft. Köln, 2. Mai. Die Veranstaltungen der Arbeiter am 1. Mai verliefen ohne jede Störung. Morgens versammelten sich die Kommunisten im großen Saale des Gürzenich. Nach der Versammlung zogen die Kommunisten in langem Zuge zum Volksgarten, wo unter freiem Himmel Reden gehalten wurden. — Die Mehrheitssozialisten marschierten in zwei Zügen mit Weib und Kind zu den Poller Wiesen, wo die Redner zu den Massen über die Bedeutung des 1. Mai für die Arbeiterklasse sprachen. Im großen Saale des Gürzenich feierte nachmittags das christliche Gewerkschaftskartell den 1. Mai durch ein gewaltiges Programm.

ft. Düsseldorf, 2. Mai. (Drahtn.) Ein blutiger Zusammenstoß wurde an der Spitze des Demonstrationszuges der Kommunisten gestern durch die Straßen getragen. Der Regierungskommissar in Münster hatte für das unbesetzte Gebiet das Regierungsbezirks kommunistische Veranstaltungen zum 1. Mai untersagt.

* Berlin, 1. Mai. Die Feier des 1. Mai durch die drei sozialistischen Parteien ist nach den bisher vorliegenden Meldungen — mit Ausnahme eines Zwischenfalls — ruhig und ohne Störung verlaufen. Die Schutzpolizei hatte umfassende Maßnahmen zur Sicherung des Bankwesens getroffen, doch erfuhr sie keine Gelegenheit, einzugreifen.

Ausland.

* Zürich, 1. Mai. Die sozialistischen Maifeiern in der Schweiz sind überall ohne Zwischenfall verlaufen.

dz. Budapest, 2 Mai. In Ungarn ist der 1. Mai ruhig und ohne Demonstrationen verlaufen.

* Paris, 1. Mai. Die Pariser Gewerkschaften hatten zur Feier des 1. Mai 10 Massenversammlungen einberufen, die um 3 Uhr begannen und, soweit bis jetzt bekannt ist, ohne Zwischenfall verlaufen sind. Die bedeutendsten waren in Vincennes und St. Denis. Die Autokundgebung, die gestern noch beschlossen hatten, zu feiern, arbeiteten heute doch.

dz. Paris, 2. Mai. Der gestrige 1. Mai wurde in Frankreich, soweit sich bis Augenblick übersehen läßt, in aller Ruhe gefeiert. Nur aus Orleans berichtet das Echo de Paris von einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und der Polizei. Es soll zu einigen Verhaftungen gekommen sein.

dz. Rom, 2. Mai. Nach einer Meldung aus Neapel kam es bei der kommunistischen Maifeier zu einem Handgemenge, bei dem vier Personen verletzt wurden. Auch in Ravenna geht es mehrere Tote und Verwundete, ebenso in einigen Orten in der Provinz Bari.